

USA-Gewerkschaften und das Reagan-Regime

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik Reagans

George Günther Eckstein beobachtet seit vielen Jahren die Entwicklung der industriellen Beziehungen in den USA für die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“.

Man muß fünfzig Jahre zurückgehen, auf die Zeit vor dem New Deal, um ein Regime zu finden, dessen politische Philosophie und Praxis den Interessen der Arbeitnehmer, der Armen, der Minderheiten und damit auch den Gewerkschaften so schroff gegenüberstand wie die von einer konservativen Welle an die Macht gespülte Reagan-Regierung. Zumindest in ihrer Ideologie sind die neuen Männer ausgerichtet auf einen unbeschränkten ‚Freien Markt‘, auf eine radikale Einschränkung der Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wirtschaft soll von den Fesseln der zahlreichen im Lauf der Jahrzehnte im Interesse der Gesamtgesellschaft aufgestellten Regulierungen weitmöglich befreit werden. Gleichzeitig sollen, abge-

sehen von einem — allerdings inzwischen schon stark beschädigten — „Sicherheitsnetz für die wahrhaft Bedürftigen“, die sozialen Schutzmaßnahmen des heutigen Wohlfahrtsstaats planmäßig abgebaut, wenn nicht abgeschafft werden. Stattdessen sollen in Folge des wenig aussichtsreichen Versuches, die alte Vormachtstellung der Vereinigten Staaten in der Welt wiederherzustellen, die militärischen Ausgaben in den nächsten drei Jahren real verdoppelt werden. Selbst Reagans republikanische Vorgänger einschließlich Nixon hatten auf diesen Gebieten größere Zurückhaltung geübt.

Reagans Wirtschafts- und Sozialpolitik stützt sich auf zwei Theorien: Auf den Monetarismus und auf eine neue Wirtschaftslehre, „Supply-Side Economics“, auf deutsch etwa „angebotsorientierte Ökonomie“.

Der Monetarismus, u. a. von dem bekannten Ökonomen Milton Friedman gepredigt und von der Federal Reserve angewandt, hat seine Unfähigkeit, mit der Inflation, dem Hauptproblem der heutigen Wirtschaft, fertigzuwerden, bereits seit Jahren unter Beweis gestellt. In dem im Zeitalter der multinationalen Firmen und des freien internationalen Kapitalflusses vergeblichen Bemühen, die Geld- und Kreditmenge durch Erhöhung der Zinssätze zu kontrollieren, hat der Monetarismus im Gegenteil noch zur Verschlimmerung der Inflation beigetragen.

Die Angebots-Ökonomie ist eine mehr auf Erwartung — ja auf Glauben - als auf Erfahrung gestützte Lehre. Auf dem Weg über eine Steuersenkung, welche bewußt die Wohlhabenden und die Wirtschaft begünstigt, hoffen ihre Vertreter darauf, Kapitalbildung, Investitionen und Produktion anzuregen und erwarten ein schließliches Anwachsen des Konsums. In Wirklichkeit herrscht in Amerika heute kein Mangel an Anlagekapital, dagegen aber ein erhebliches Maß von Fehlinvestitionen in unproduktive Objekten, vor allem wirtschaftlich ungerechtfertigte Zusammenschlüsse von Großfirmen. Notwendigen produktiven Investitionen — etwa im Wohnbau - stehen die hohen Zinssätze entgegen. Und solange der Konsum durch Inflation und Arbeitslosigkeit gehemmt ist, entfällt für die zumeist nur mit 70 bis 75% ihrer Kapazität arbeitende Industrie auch der Ansporn zur Errichtung weiterer Produktionsanlagen.

Den Geist dieser Lehre illustrieren einige Passagen aus dem Bestseller „Wealth and Poverty“ (Reichtum und Armut) von George Gilder, der Bibel der Angebotsökonomie, von Reagan als „vitaler Ausdruck seiner eigenen Philosophie“ hoch gepriesen: „Eine erfolgreiche Wirtschaft beruht auf der raschen Vermehrung der Reichen, auf der Schaffung einer großen Klasse risikofreudiger Männer, die bereit sind, den bequemen Pfad eines behaglichen Lebens zu meiden, um stattdessen neue Unternehmen zu gründen, enorme Gewinne zu machen, und diese wieder zu investieren. ... Um den Armen und Mittelklassen zu helfen, muß man die Steuerrate der Reichen senken... Armut ist weniger eine Sache des Einkommens als eine Sache des Geisteszustands...“

Dieses pseudo-wissenschaftliche Phantasiebild, von Business-Ökonomen propagiert, von den Medien aufgegriffen, vom Publikum weitgehend akzeptiert — die Gewerkschaften bildeten eine rühmliche Ausnahme — hat eine „Neue Rechte“ aktivistischer junger republikanischer Politiker und Publizisten inspiriert. Von den Abgeordneten Jack Kemp und David Stockman übernahm Reagan den Gedanken einer auf drei Jahre verteilten 30prozentigen Steuersenkung und machte sie erfolgreich zu einem Pfeiler seiner Wahlkampagne. Angesichts Carters Ratlosigkeit gegenüber einer galoppierenden Inflation schien hier vielen Wählern ein aktiver Lösungsvorschlag, gleich welcher Art, anziehend.

Der konservative Sieg schlug sich auch im Kongreß nieder, in dem nun bekanntlich die Republikaner erstmals seit Jahrzehnten im Senat die Mehrheit bilden und eine reduzierte Mehrheit der Demokraten im Repräsentantenhaus zusätzlich in den eigenen Reihen durch konservative Abgeordnete aus den Südstaaten geschwächt ist. Mit großem Elan setzte Stockman, inzwischen zum Budgetdirektor aufgerückt, eine in allen wesentlichen Zügen dem Rezept der Angebots-Ökonomie folgende Budget- und Steuergesetzgebung gegen eine demoralisierte Opposition durch.

Das Budget für 1982 sieht an den Sozialprogrammen Abstriche von 32 Milliarden Dollar, durchschnittlich etwa 12% vor. Besonders hart sind dabei die politisch schwächsten Gruppen betroffen: farbige Minderheiten, Wohlfahrtsempfänger, Kulturschaffende. Hier liegen die Kürzungen weit höher: 90% beim CETA-Programm für Jobs in öffentlichen Diensten, 35% beim sozialen Wohnbau, 75% beider Rechtshilfe für die Armen, 24% bei Lebensmittelmarken und Schulspeisung; 60% bei den Zuwendungen für Kunst und Geisteswissenschaften. Dem gegenüber steht eine Steigerung des Wehretats um 27 auf 189 Milliarden. Eine wegen Unterschätzung des zu erwartenden Defizits im September unterbreitete Zusatzvorlage sieht weitere zivile Abstriche von 11 Milliarden vor, während am erhöhten Wehretat nur 2 Md. eingespart werden sollen.

Den Kern der Steuergesetze bildet die auf drei Jahre verteilte generelle Senkung der Einkommensteuer um 25 %. De facto bedeutet das, daß die obersten Einkommensgruppen den Löwenanteil bekommen: die 5 % Großverdiener erhalten insgesamt Steuereinsparungen von 35%; den gleichen Anteil an der Gesamtsumme müssen sich die 75 % in den unteren Einkommensgruppen teilen. Dazu kommen zusätzliche erhebliche Steuersenkungen für die Wirtschaft. Das Resultat: Ein wirtschaftstheoretisch nur schwach verbrämtes Steuergeschenk an die Reichen, von dem unter den gegebenen Umständen jedoch keine ernsthafte Stimulierung der Konjunktur und der Tätigkeit von produktiven Investitionen zu erwarten ist.

Es ist durchaus verständlich, daß diese Politik von weiten Kreisen der Wirtschaft begrüßt wurde. Aber selbst hier machen sich ein gewisses Unbehagen und Skepsis bemerkbar, die etwa im Verhalten der Börse Ausdruck finden. Reagans Businessfreunde stammen zumeist aus dem Kreis der sogenannten „Cowboy“-Unterneh-

mer, robuste Emporkömmlinge aus dem Westen und Süden, weniger aus dem der multinationalen Großfirmen. Letztere verfügen über eine selbständige wirtschaftlich-politische Machtbasis, die sich schon heute auch gegenüber der Reaganpolitik bemerkbar zu machen beginnt. Eine solche Machtbasis fehlt jedoch den in neuerer Zeit an ungenügender politischer Führung leidenden schwarzen und hispanischen Minderheiten. In geringerem Maß gilt das auch für die soeben ihr hundertjähriges Jubiläum feiernde amerikanische Gewerkschaftsbewegung. Um das zu verstehen, muß man sich die besonderen amerikanischen Bedingungen vor Augen halten, einschließlich der Veränderungen der neueren Zeit.

Gewerkschaften im neuen Umfeld

Die beiden letzten Jahrzehnte brachten der arbeitenden Bevölkerung in den USA zumindest indirekt beachtliche Fortschritte: zwischen 1960 und 1969 sank der Armutsektor von 21 auf 10% der Bevölkerung. Dieser Stand hat sich allerdings seitdem nicht weiter verbessert, obwohl die Zahl der Beschäftigten zwischen 1970 und 1980 von 80 auf 100 Millionen stieg, d. h. um 25%. Darin drückt sich vor allem der Zustrom der Frauen auf den Arbeitsmarkt aus. Gleichzeitig aber kam es zu erheblichen Verschiebungen: beruflich von Industriearbeit auf Dienstleistungen und hier insbesondere zum öffentlichen Dienst und Gesundheitswesen; geographisch vom Nordosten und Mittelwesten nach dem Süden, Südwesten und Westen.

Alle diese Trends trugen zu einer Senkung des Anteils der gewerkschaftlich Organisierten von etwa 22% auf 20% der Arbeitskräfte bei. Industriegewerkschaften wie Bergbau, Eisenbahn, Automobil, Stahl gingen zurück; Dienstleistungsgewerbe und Kommunikation nahmen zu. Eine gewisse Stärkung erfuhren manche Verbände neuerdings durch Zusammenschlüsse: Textil und Bekleidung; Chemie und Öl; Handel und Dienstleistungsgewerbe. Manche Gewerkschaften wurden durch das Aufkommen jüngerer, häufig akademisch geschulter Führungskräfte und neuer Organisationsmethoden aufgefrischt. Der Gesamtverband AFL-CIO hat in George Meany's Nachfolger Lane Kirkland einen geistig beweglicheren Vorsitzenden erhalten und mit der am 1. Juli vollzogenen Rückkehr der Automobilarbeiter eine bedeutsame Stärkung erfahren.

Grundsätzlich steht der Gewerkschaftsverband in Opposition zu Reagans Wirtschafts- und Sozialpolitik. Diesmal sogar in seltener Einmütigkeit. So sind die traditionell eher konservativen Fachgewerkschaften im Baugewerbe heute vom Brachliegen der Bautätigkeit schwer getroffen. Von Großgewerkschaften unterhält nur die außerhalb der AFL-CIO stehende, noch immer von Korruption durchsetzte Teamster-Gewerkschaft weiterhin enge Beziehungen zur Regierung. Freilich müssen die Gewerkschaftsspitzen zunächst auch dem ungewohnten Umstand Rechnung tragen, daß es dem jovialen Reagan gelungen war, beinahe die Hälfte der Arbeiterstimmen anzuziehen, darunter auch die Stimmen von Gewerkschaftsmit-

gliedern, wie ihre internen Meinungsbefragungen zeigten. Dabei spielten offenbar — neben der allgemeinen Unzufriedenheit mit Carter — vor allem auch soziale Streitfragen eine Rolle, die im Gefolge der liberalen Reformen, der Neger- und Frauenbewegung die Gemüter des Kleinbürgertums und der sich in diesen Dingen dem Mittelstand zurechnenden Arbeiterschaft bewegen: Abtreibung; Sexualmoral der Jugend; die neue Stellung der Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft; wachsende Kriminalität; die mit der Eingliederung der Neger vielfach verbundene Verschlechterung des Schulunterrichts.

In dem Maße wie sich Reagans Maßnahmen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der breiten Massen auswirken, werden ökonomische Probleme wohl wieder in den Vordergrund treten und wird sich die Stimmung wieder mehr den Demokraten zuwenden. Aber zunächst haben die Gewerkschaften in der letzten Wahl eine erhebliche Zahl ihrer besten Stützen im Kongreß verloren, und viele der überlebenden Abgeordneten sind vorsichtig geworden, besonders jene, die sich im nächsten Jahr wieder zur Wahl stellen müssen. Dennoch müssen sich die politischen Bemühungen der Gewerkschaften bis auf weiteres auf die Legislative konzentrieren und hier wiederum auf die Mitglieder der einschlägigen parlamentarischen Ausschüsse.

Erste Reaktionen

Die auf der noch unter dem Wahlschock tagenden ersten Sitzung der AFL-CIO-Führung im Februar 1981 gefaßten Beschlüsse erwiesen sich freilich zunächst als verlorene Liebesmühe. Die erste gesetzgeberische Runde über die Gestaltung von Budget und Steuersenkung endete mit einem vollen Sieg des Präsidenten. Es half nichts, daß Kirkland im März vor dem Budgetausschuß des Repräsentantenhauses das Reagan-Budget charakterisierte als „das kostspieligste Vabanque-Spiel, das unserer Nation je von den für wirtschaftliche Entscheidungen Verantwortlichen vorgelegt wurde. Auf dem Spiel stehen der Lebensstandard von Millionen arbeitender Amerikaner, von Armen und Arbeitslosen, und die Hoffnung auf Wiederbelebung der Industrien und Städte Amerikas. Die von der Regierung vorgelegten Maßnahmen sind ungerecht, unfair und kurzsichtig. Sie beruhen auf ungeprüfter Theorie, unrealistischen Voraussetzungen und fragwürdiger Logik... Budgetkürzungen an einkommenstützenden Programmen ignorieren den Schaden, den sie Millionen von Amerikanern zufügen und haben ein Schrumpfen der Kaufkraft zur Folge. Steuersenkungen zugunsten der Reichen ignorieren die historische Erfahrung, daß solche Abstriche nicht diejenigen Formen der Investierung herbeiführen, die die Gesellschaft am meisten benötigt; und sie schlagen nicht mit Sicherheit auf die Förderung des Gemeinwohls durch.“

Solche wohlformulierten Argumente mußten an der politischen Realität vorbeigehen: Die demokratischen Abgeordneten waren größtenteils durch den Wahlausgang demoralisiert und dem — oft vom Weißen Haus organisierten - Druck aus

ihren Wahlkreisen ausgesetzt. Dennoch haben die Gewerkschaften im Grunde keine Wahl. Ein paar radikalere Gewerkschaftsführer wie Winpisinger (Metall) und Jerry Wurf (öffentliche Angestellte) mögen mit dem Gedanken einer Linkspartei in Koalition mit anderen fortschrittlichen Gruppen spielen — aber dafür ist im amerikanischen politischen System kein Platz. Da aber die für die Arbeiterschaft lebenswichtigen Entscheidungen heute im politischen Bereich gefällt werden, genügt die noch immer nicht restlos überwundene Distanz zu den Parteien nicht mehr. Der Gesamtverband ist denn auch im Begriff, dem bahnbrechenden Beispiel der Automobilgewerkschaft zu folgen und sich am internen politischen Entscheidungsprozeß der Demokratischen Partei von Anfang bis Ende zu beteiligen, und nicht erst *nach* der Aufstellung der Kandidaten. Als ersten Schritt dazu übernahmen die Gewerkschaften fünf Sitze in der Partei-Exekutive und 15 im ständigen Nationalkomitee. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob dies die der demokratischen Parteistruktur inwohnende Schwäche überwinden hilft.

Zum Weißen Haus jedenfalls und zum Kabinett hatte die Gewerkschaftsführung kaum je so beschränkten Zugang wie unter dem gegenwärtigen Regime. Das gilt auch und gerade für das Arbeitsministerium. Dieses untersteht Ray Donovan, einem Bauunternehmer, der sich durch die Organisation von Wahlfonds im Staat New Jersey um Ronald Reagan verdient gemacht hatte — das in einem Staat, in dem die Baugewerkschaften seit Jahrzehnten von Korruption und Kollusion mit Mafia-Figuren durchsetzt sind. Donovan stellte seine Eignung zum Leiter des Arbeitsministeriums vor einem Kongreß-Komitee dadurch unter Beweis, daß er die gleichmäßige Verteilung des durch die erstrebte Steigerung der Arbeitsproduktivität erzeugten Reichtums auf alle nicht - wie ein Abgeordneter meinte - als amerikanisches Prinzip betrachtete, sondern als ein russisches, das deshalb zu verabscheuen sei.

Erschwert ist insbesondere auch der Zugang zu den Spitzen der mit der Durchführung der staatlichen Regulierungen und Schutzmaßnahmen betrauten Sonderbehörden. Bei deren radikaler Neubesetzung wurden durchweg die Böcke zu Gärtnern gemacht. Diese Ämter stehen nun alle unter der Anweisung, bestehende Bestimmungen zu lockern, wenn nicht gar aufzuheben. Der einfachste Weg hier ist die Kürzung der Mittel zur Durchführung und Überwachung. Das trifft insbesondere auch auf die für Gewerkschaften besonders wichtigen Behörden zu: OSHA (Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz), NLRB (Überwachung der Beziehungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften), EEOC (gleiche Beschäftigungschancen für Minderheiten), ERISA (Überwachung privater Pensionskassen für Arbeitnehmer). So begann der neue Leiter von OSHA sein Amt mit der Einstampfung einer Broschüre über die Gefahren der ‚braunen Lunge‘ vom Baumwollstaub in Textilfabriken und mit der Aufhebung eines Erlasses, der die Unternehmer verpflichtete, den Arbeitern die Chemikalien bekanntzugeben, denen sie im Betrieb ausgesetzt sind. Wie beim Umweltschutz soll auch in den Betrieben das Kosten-Nutzen-Verhältnis stärker beachtet werden: Die Gesundheit der Arbeiter gegen die

Kosten der Schutzmaßnahmen. Die EEOC, die vielleicht manchmal allzu schematisch die Beschäftigung und Beförderung von Frauen und Minderheiten angeordnet hatte, soll nun unter anderem keine Einstellungsquoten mehr festsetzen können. Fraglich ist auch, ob das NLRB, mit dessen Hilfe der Textilgewerkschaft nach Jahren endlich ein erster Vorstoß in die gewerkschaftsfreie südstaatliche Textilindustrie gelungen war, nun weiterhin die florierenden Industrien des Sonnengürtels zur Einhaltung der Verhandlungsregeln bei Organisationsversuchen anhalten wird. Allerdings ist zu vermerken, daß die Gewerkschaften selbst unter den günstigeren Umständen der letzten Jahre etwa die Hälfte der Betriebsabstimmungen über Organisierung verloren hatten.

Es ist klar, daß unter diesen Bedingungen der gewerkschaftlichen Aktionsfähigkeit bis auf weiteres enge Grenzen gesetzt sind. Eine nicht unwichtige Folge war dabei übrigens die monatelang spärliche Berichterstattung in den Medien. Zu einem Teil mag dabei der reservierte Stil von Lane Kirkland mitgespielt haben, dem klugen, aber eher zurückhaltenden neuen Vorsitzenden des Gesamtverbands. Der flamboyante und lapidare Stil seines Vorgängers George Meany war eher angetan, die Beachtung der Medien und damit der Öffentlichkeit zu gewinnen.

In der Defensive

Jedenfalls sind die Gewerkschaften für die nächste Zeit zu einer defensiven Strategie gezwungen und müssen versuchen, ihre wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften soweit wie möglich zu behaupten und den verlorenen politischen Einfluß wieder aufzubauen. Die Aussichten dafür sind zunächst nicht günstig. Die Regierung steht auf der Seite der Unternehmer und lehnt es aus ideologischen Gründen ab, auch nur Richtlinien für eine Lohn- und Preispolitik aufzustellen. Die aufkommenden Tarifverhandlungen in den trendsetzenden Massenindustrien werden unter dem Zeichen rückläufiger Konjunktur, wachsender Arbeitslosigkeit und verschärfter Auslandskonkurrenz vor sich gehen. Schon hat Reagan die Dauer der Arbeitslosenunterstützung von 36 auf 26 Wochen verkürzt. Vor die Wahl zwischen Arbeitsplatzverlust und Erhaltung des Reallohns gestellt, werden die meisten Gewerkschaften ihre Lohnforderungen zurückstellen, auch wenn das angesichts der anhaltenden Inflation einen Einkommensrückgang bedeutet und werden der Erhaltung des Arbeitsplatzes die Priorität geben. Die Automobilgewerkschaft hat sich bereits in diesem Sinn ausgesprochen, in der Hoffnung, als Gegenleistung die Einführung von Umschulungsprogrammen und einer künftigen Gewinnbeteiligung zu erreichen - ähnlich den bei der Rettung von Chrysler erreichten Konzessionen.

Die Bereitschaft zu „Give-backs“, zur Rückgabe früher errungener Vorteile, erstreckt sich auch auf Nebenleistungen und kostenverteuernde Arbeitsregeln. Schon jetzt haben zahlreiche Gewerkschaften angesichts der Drohung von Betriebs-schließungen Lohnkürzungen oder die Vertagung vorgesehener Lohnerhöhungen akzeptiert: in der Automobil-, Stahl-, Gummi-, Farm-Maschinen-Industrie; bei

Zeitungen, Eisenbahn und Fluglinien; im Bergbau und Transportwesen. Ähnliches gilt auch für die Angestellten im öffentlichen Dienst vor allem der finanziell geschwächten Großstädte, deren Situation noch dadurch erschwert ist, daß Gehaltserhöhungen nicht ohne weiteres auf Verbraucher oder Steuerzahler abwälzbar sind. So mußten sich die Postbeamten mit einer auf drei Jahre verteilten 11prozentigen Gehaltserhöhung begnügen (bei einer jährlichen Inflationsrate von 10%).

Den Großfirmen steht bei Tarifverhandlungen noch eine weitere Waffe zur Verfügung: die offene oder stumme Drohung mit der Verlegung der Produktion auf den gewerkschaftsfreien Sonnengürtel oder mit dem Import von Teilfabrikaten. Beide Praktiken werden ja schon seit Jahren angewandt. In Ermangelung irgendwelcher Form von Mitbestimmung haben die Gewerkschaften dagegen kaum eine Handhabe. Kein Wunder, daß es unter diesen Umständen in diesem Jahr zu keinen größeren Arbeitskämpfen kam. Eine Ausnahme bildeten die Bergarbeiter, die einen von der Führung ausgehandelten Tarifvertrag mit Zweidrittelmehrheit verwarfen, nur um ihn Wochen später mit geringfügigen Änderungen anzunehmen. Die längsten Streiks gingen ironischerweise von hochbezahlten kleinen Gruppen an der Peripherie der Gewerkschaftsbewegung aus: den professionellen Baseball-Spielern, den Filmschreibern von Hollywood und den Fluglotsen. Auf den Streik der letzteren wird wegen seiner symptomatischen Aspekte noch zurückzukommen sein — hier sei nur vermerkt, daß er den Gewerkschaftsbund zu einer verfrühten Stellungnahme auf ungünstiges Terrain zwang.

Ähnliches droht sich im politischen Feld in bezug auf die Arbeitsgesetzgebung zu ereignen. Hier scheint die Reagan-Regierung sich die Abschaffung oder Schwächung des sogenannten Davis-Bacon-Gesetzes zum ersten Ziel gesetzt zu haben. In der Praxis kommt dieses Gesetz fast ausschließlich kleinen Facharbeitergruppen im Baugewerbe zugute. Diese verfügen aber noch immer im Gesamtverband über einen unverhältnismäßig starken Einfluß. So sieht sich dieser gezwungen, Energien und Mittel in einem nicht sehr aussichtsreichen Kampf im Interesse einer relativ hochbezahlten Minderheit einzusetzen, Energien die in bevorstehenden wichtigeren Gesetzgebungskämpfen besser angewandt wären. Zu diesen gehört unter anderem der Plan, einen niedrigeren Mindestlohn für Jugendliche einzuführen. Das soll angeblich die Jugendarbeitslosigkeit vermindern; in Wirklichkeit würde ein solches Gesetz aber eher als Druck auf die Löhne ungelerner Arbeiter wirken und indirekt auf das gesamte Lohnniveau. Andere bereits angekündigte Maßnahmen, die die Gewerkschaften schwächen, sind die Abschaffung der Ausgabe von Food Stamps (zum freien Bezug von Lebensmitteln) an streikende Arbeiter sowie die Wiederzulassung industrieller Heimarbeit in Zweigen der Bekleidungsindustrie. Eine geplante Kürzung der Sozialrenten stieß vorerst noch auf allzu starken Widerstand im Kongreß und wurde vorläufig zurückgezogen. Inzwischen werden die Leistungen von Medicare reduziert. Indirekt sind die Gewerkschaften natürlich von allen Abstrichen an Sozialprogrammen mitbetroffen.

Der Fluglotsenstreik

Das Ende des Sommers brachte zwei Ereignisse, die in verschiedener Weise die bestehenden Kräfteverhältnisse beleuchten und den künftigen Kurs der Gewerkschaften mitbestimmen: der schon erwähnte Fluglotsenstreik im August und der Solidaritätstag „Marsch auf Washington“ im September. Wegen ihrer Bedeutung sei auf die beiden Ereignisse etwas ausführlicher eingegangen.

Die Gewerkschaft der Flugverkehrs-Kontrolleure (PAFCO), eine Gruppe von 12.000 hochqualifizierten Angestellten, mit Durchschnittseinkommen von 30 bis 40.000 Dollar plus Nebenleistungen, stellt eine Elite innerhalb des Gewerkschaftsbundes dar, ein typisches Produkt der modernen Dienstleistungs- und Kommunikations-Gesellschaft. Als eine der wenigen Gewerkschaften, die im Wahlkampf für Reagan eintraten, zeichnete sie sich überhaupt durch ihren Mangel an gewerkschaftlicher Solidarität aus. Die Lotsen unterstehen der Federal Aviation Authority (FAA) und stehen aufgrund ihrer beruflichen Stellung als Staatsangestellte unter gesetzlichem Streikverbot. Ein von der Führung ausgehandelter Tarifvertrag wurde von den Mitgliedern mit großer Mehrheit abgelehnt. Dabei spielten Arbeitsbedingungen eine größere Rolle als Gehälter. PAFCO stellte der FAA ein 72-stündiges Ultimatum und ging nach dessen Ablauf zum Streik über. Die Regierung antwortete mit der Entlassung aller im Streik verharrenden Lotsen (etwa dreiviertel der Mitglieder), mit der gerichtlichen Verfolgung einiger Streikführer und mit dem Entzug der Anerkennung PAFCO's als Tarifpartner. Sie begann, die Streikenden durch militärische Fluglotsen zu ersetzen und lancierte gleichzeitig ein Trainingsprogramm für neue Bewerber. Reagans Berufung auf seine Pflicht zur Durchführung der Gesetze ist zwar nicht stichhaltig. Ungesetzliche Arbeitsniederlegung staatlicher Angestellter sind keine Seltenheit; gelegentlich führen sie zu Haftstrafen für Gewerkschaftsführer und Geldbußen für die Organisation. Reagan kam es aber offenbar darauf an, mit der Zerstörung von PAFCO ein Exempel zu statuieren.

Diese Herausforderung konnte vom Gewerkschaftsbund nicht unbeantwortet bleiben, so sehr man allgemein PAFCO's Taktik als übereilt kritisierte. Die Gewerkschaften der Flugpiloten, des Bordpersonals und der Monteure zahlten PAFCO's Mangel an Solidarität mit Verweigerung der ihnen heim und machten damit den Lotsenstreik aussichtslos. Die AFL-CIO-Führung sah sich durch die von PAFCO gesetzte Zeitnot gehandicapt. Sie machte einen verzweifelten Versuch, den einzigen mit Labor-Angelegenheiten befaßten Assistenten im Weißen Haus zu erreichen, Robert Bonitati, der vorher eine Zeitlang Lobbyist für die ebenfalls reaganfreundliche Pilotengewerkschaft gewesen war. Der Versuch scheiterte an Bonitati's Mangel an Einfluß oder Interesse. Das Schicksal der Lotsengewerkschaft wäre an sich nicht so schlimm, hätte es nicht den Gesamtverband in eine Situation gezwungen, wo sich seine gegenwärtige Schwäche einem rücksichtslosen Gegner gegenüber offenbaren mußte.

Der Marsch auf Washington

Im Gegensatz dazu entstand der Plan für den „Tag der Solidarität“ mit dem Marsch auf Washington im letzten Frühjahr aus eigener Initiative und in bewußtem Bruch mit der eigenen Tradition. Historisch hatte der Gewerkschaftsbund seit langem öffentliche Massendemonstrationen vermieden. Die eine oder andere Gewerkschaft mochte sich an solchen Unternehmen beteiligen; bei Streiks oder Organisierungskämpfen mochten gelegentlich nationale Kampagnen zum Boykott der Produkte widerspenstiger Firmen organisiert werden. Vor allem in den Fachgewerkschaften war die Beschränkung auf unmittelbar gewerkschaftliche Forderungen und Aktionsformen festverwurzelt. Neu war diesmal auch die Aufforderung zur Beteiligung von fremden Organisationen: schwarzer und hispanischer Minderheiten; dem gehobenen Mittelstand zuzuzählende Frauen- und Umweltschutz-Verbände. Ihnen hatten bisher nur stark politisch orientierte Massengewerkschaften wie William Winpisingers IAM (Metall) und Douglas Frasers UAW (Automobile) Beachtung geschenkt.

Der Beschluß zur Organisation eines „Tags der Solidarität“ war im Frühjahr gefaßt worden, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Gewerkschaften von der Reagan-Regierung bewußt ausgeschaltet wurden. Im Hinblick auf konkrete politische Wirkung schien der 19. September als Zeitpunkt manchen entweder als zu früh oder zu spät gewählt: Zu spät, weil bis dahin Budget und Steuerprogramm vom Kongreß verabschiedet sein würden; zu früh, weil sich die Abstriche am Sozial-Etat erst Anfang 1982 in ausreichendem Maße auswirken würden.

Die Gewerkschaftsführung setzte jedenfalls sehr viel auf diese Karte und alles hing vom Umfang der Beteiligung ab, denn der Hauptzweck des Solidaritätstags war auf öffentliche Wirksamkeit gerichtet: Man mußte sowohl dem Reagan-Regime wie einem wankelmütigen Kongreß gegenüber den Gewerkschaftsbund als eine nicht zu ignorierende politische Kraft etablieren. Ein nicht unwichtiger Nebenzweck dürfte auch der Gedanke gewesen sein, den Reaganwählern unter der eigenen Mitgliedschaft eine politische Lektion zu geben. Man rechnete mit einer Beteiligung von etwa 150.000 Teilnehmern; viel weniger hätten als Mißerfolg gebucht werden müssen.

Wie sich herausstellte, wurde diese Erwartung weit übertroffen: Über 260.000 Demonstranten trafen in Washington ein, davon die überwältigende Mehrheit Gewerkschaftsmitglieder. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Mehrzahl in gemieteten Omnibussen aus den östlichen Landesgebieten kamen. Für die entfernteren Landesteile war die Distanz zu groß, vor allem auch, weil viele wegen des Lotsenstreiks den Flugverkehr meiden mußten. Die dennoch starke Beteiligung war wohl nicht zuletzt auch die Reaktion auf Reagans Herausforderung mit der „Hinrichtung“ der Fluglotengewerkschaft. Dadurch mußten sich alle Gewerkschaften bedroht fühlen — und ganz unmittelbar die drei Millionen organisierten öffentlichen

Angestellten und Lehrer. Nun wird es darauf ankommen, wieweit es dem Zentralverband gelingt, diesen Propagandaerfolg politisch umzumünzen, ehe seine Wirkung auf Regierung, Kongreß und Medien sich verflüchtigt. Dazu ist die Formulierung konkreter Ziele notwendig. Eines ist sicher: Je deutlicher sich die bereits beginnende Rezession abzeichnet, desto mehr wird sich die Regierung in die Defensive gedrängt fühlen und der Kongreß in die Selbstbehauptung.

Militär- und Außenpolitik

Das Bild der gewerkschaftlichen Haltung zum Reagan-Regime wäre nicht vollständig ohne einen Blick auf die Außen- und Militärpolitik. Hier besteht, im Gegensatz zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, weit geringere interne Übereinstimmung. Breite Gewerkschaftskreise sind ideologisch mit Reagans verschärften außenpolitischen Kurs und der damit verbundenen Aufrüstung einverstanden. Einige profitieren davon in Form erhöhter Beschäftigung. Das führt unvermeidlich zu einer gewissen Zweideutigkeit in den gegenseitigen Beziehungen. In der täglichen Praxis mag das von geringer Bedeutung sein. Die unmittelbaren Interessen der meisten Arbeitnehmer stehen hier im Vordergrund. Aber im größeren Rahmen wird es schwierig, die Aufrechterhaltung oder gar den Ausbau der sozialen Leistungen mit der Aufblähung der Rüstungsausgaben zu vereinbaren. Hier liegen auch weiterhin Wurzeln von Gleichgültigkeit, wenn nicht Feindseligkeit mancher Gewerkschaftskreise gegenüber liberalen bürgerlichen Reformgruppen, bei denen die Sorge über einen Atomkrieg im Vordergrund steht. Organisatorisch mag das nicht von Bedeutung sein; aber es hemmt eine Koalitionsbildung, die in einer politisch defensiven Periode wie der gegenwärtigen den amerikanischen Gewerkschaften von Nutzen sein könnte.

Die amerikanische Friedensbewegung

Die verbal aggressive Außenpolitik des Reagan-Regimes wird zur Zeit zweifellos von einer Mehrheit der Bevölkerung befürwortet, darunter auch und gerade von der Arbeiterschaft. Man muß sich aber darüber klar sein, daß mit Ausnahme einer kleinen Minderheit das amerikanische Volk wenig Interesse für die und Kenntnis von den Details der Weltpolitik hat. Aber man empfindet den Machtverlust Amerikas als erniedrigend, wie er sich etwa in der Hilflosigkeit gegenüber der iranischen Geiselnahme offenbarte. Das schließt jedoch zum Beispiel nicht aus, daß sich gleichzeitig etwa ein Viertel der 18- bis 19jährigen vor der Registrierungspflicht zu einem möglichen Militärdienst drückt, wobei das Fehlen einer polizeilichen Meldepflicht die Erfassung der Säumigen erschwert.

Bei der Beurteilung der Haltung des amerikanischen Volkes zur Außenpolitik muß man sich außerdem einige spezifisch amerikanische Umstände vor Augen halten: Erstens die Geographie, die das Land — vom Bürgerkrieg abgesehen - seit 170 Jahren davor bewahrt hat, Kriegsschauplatz zu werden; zweitens, daß das Volk,

im Gegensatz zu Sonderinteressen, nicht imperialistisch gesinnt ist und daß deshalb eine kriegerische Intervention den Mantel einer idealistischen Mission braucht, um volle Einsatzbereitschaft zu erreichen; schließlich daß - aus Gründen, denen in diesem Zusammenhang nicht nachgegangen werden kann - in neuerer Zeit die individualistische Grundhaltung sich in einen Egoismus verwandelt hat, dem der Gemeinschaftssinn abhanden gekommen scheint. Dazu tritt dann noch der Umstand, daß die Lehren aus dem Vietnamdebakel nicht voll gezogen wurden, daß dieses aber dennoch unterschwellig so stark im Bewußtsein der Nation steckt, um von ähnlichen Abenteuern abzuschrecken. So weckte Haig's drohende Haltung gegenüber El Salvador eine spontane Erinnerung an den Beginn der Vietnam-Intervention, die mehr noch als ausländische Warnungen die Regierung zur Zurückhaltung bewog.

Man muß sich diese Dinge gegenwärtig halten, wenn man von der Betrachtung der allgemeinen Stimmung zur Einschätzung der amerikanischen Friedensbewegung, beziehungsweise Antikriegsbewegung - beides ist ja nicht dasselbe - übergeht. Im Ganzen genommen ist in Amerika im Vergleich zu Europa eine solche Bewegung zur Zeit als politischer Faktor nicht vorhanden. Dabei fehlt es keineswegs an Friedensorganisationen: Die Enzyklopädie der Vereinigungen von 1980 zählt nicht weniger als 61 auf. Eine nähere Analyse zeigt hier ein buntes Gemisch: in bezug auf Motivierung, Zielrichtung, Methoden, Mitgliederzahl und schwer abzuwägendem Einfluß.

Nur zwei dieser Gruppen reichen in die Zeit um den Ersten Weltkrieg zurück: die Fellowship of Reconciliation, eine Dachorganisation von etwa fünfzig kleinen pazifistischen Gruppen, religiös motiviert und dem Prinzip der Gewaltlosigkeit ergeben; und die mehr politisch ausgerichtete War Resisters League. Mit angeblich 10 bis 25.000 Mitgliedern gehören die beiden zu den wenigen dauerhaften Organisationen im pazifistischen Feld. Aber selbst sie treten nur selten, in der Regel durch eine symbolische Aktion, ins öffentliche Licht.

Alle übrigen Organisationen haben sich zumeist in den sechziger Jahren in Opposition zum Vietnamkrieg gebildet und sind mit dessen Ende in eine Art Dornröschenschlaf gefallen, aus dem die eine oder andere gelegentlich zu einer kurzen Kampagne aufwacht. Nach Motivierung und Prioritäten lassen sie sich in ungefähr vier Gruppen scheiden: religiös, politisch, diplomatisch und anti-nuklear.

Die *religiösen* Gruppen gehen zumeist von protestantischen Sekten aus, vor allem den Quäkern („Society of Friends“) und den Unitariern. Einige katholische Orden und Einzelpersonlichkeiten wie die beiden aktivistischen Priesterbrüder Phillip und Daniel Berrigan und ihr Kreis sind hier aktiv. Es gibt auch interkonfessionelle Dachorganisationen, welche protestantische, katholische und jüdische Geistliche und Laien vereinen, so die 1966 gegründete Koalition Clergy and Laity Concerned.

Auch die *politischen* Gruppen gehen fast alle auf den Vietnamkrieg zurück. Damals konnten ihre Aktionen Millionen in Bewegung setzen, von der Propaganda durch sogenannte „Bumpersticker“ (an Automobile geklebte Schlagwortstreifen) bis zu den Märschen auf Washington und ähnliche lokale Aktionen, oft mit Hilfe von populären Rockstars wie John Lennon, Balladensängern wie Joan Baez und Schauspielern wie Jane Fonda. Manche solcher politisch etwas naiven Gruppen wie Women Strike for Peace und Another Mother for Peace gerieten dabei in die Gefahr einer allzu vollständigen Identifizierung mit dem Gegner. Aber sie waren zweifellos ein Faktor bei der Beendigung dieses sinnlosen Abenteuers. Diese Gruppen sind heute in Ermangelung unmittelbar brennender Anliegen stark zusammengeschrumpft, können sich aber gegebenenfalls vorübergehend an neuen Streitfragen wie Aufrüstung oder Wiedereinführung der Militärdienstpflicht entzünden. Inzwischen fanden viele ihrer Anhänger neue Einsatzmöglichkeiten in den Bewegungen Frauenemanzipation, Umweltschutz u. a.

Die Mini-Organisationen, die ich als „*diplomatische*“ bezeichnen möchte, visieren nicht das allgemeine Publikum an, sondern einflußreiche Kreise: Politiker, Businessleute, Akademiker, die Medien. Häufig von Stiftungen finanziert, bereiten sie Untersuchungen, Seminare und gelegentlich Konferenzen über Einzelprobleme der internationalen Entspannung und Verhinderung kriegerischer Zusammenstöße vor. Diese schwer durchschaubaren Organisationen mit Namen wie Center for War/Peace Studies, American Committee on East/West Accord, SALT Education Fund stellen bestenfalls eine Art diplomatischer „Thinktanks“ dar oder geben einen Ort für internationale Aussprache ab. Ihre Arbeit dringt nur selten durch Presseberichte an eine breitere Öffentlichkeit.

Einige der *anti-nuklearen* Gruppen sind da schon aktiver und einflußreicher; in erster Linie die beiden von den Atomwissenschaftlern selbst organisierten oder inspirierten Organisationen: die Union of Concerned Scientists (gegründet 1969) und SANE (gegründet 1957). Beide Organisationen beschäftigen sich intensiv mit den durch die Entwicklung von Kernwaffen und Kernenergie sowie in der Biogenetik aufgeworfenen Problemen. Die Union stellt sich mehr dar innerhalb der internationalen wissenschaftlichen Gemeinde, SANE, die „Organisation von Bürgern für eine vernünftige Welt“ stärker in der amerikanischen Öffentlichkeit, mit Hilfe von Broschüren, Vorträgen, Dias und Filmen. SANE konnte interessanterweise seit Reagans Amtsantritt ihre Mitgliederzahl um ein Viertel erhöhen. Auch konnte sie sich erfolgreich mit einer so konservativen Gruppe wie der Mormonenkirche in Utah im Kampf gegen den Plan eines Labyrinths für die MX-Raketen verbinden.

Überhaupt finden sich zu konkreten lokalen und regionalen Aktionen besonders auf dem Gebiet von Kernwaffen und Kernenergie immer wieder Koalitionen verschiedener Gruppen zusammen — einschließlich Umweltschützern, Frauen, kleiner Linksguppen und mancher Gewerkschaften. Dabei wird übrigens seit dem Unfall

beim Dreimeilen-Kraftwerk im Jahre 1979 die Opposition gegen die Errichtung von Kernkraftwerken von breiteren Kreisen getragen als die Opposition gegen Atomrüstung. In diesem Zusammenhang ist vielleicht ein Aufsatz von Dorothy Relkin im Bulletin of Atomic Scientists vom April 1981 erwähnenswert, der auf die Divergenzen zwischen Gegnern der Atombewaffnung und Gegnern der Kernkraftgewinnung aufmerksam macht: „Die Wissenschaftler sind oft nicht gegen die Kernenergie, zumindest sehen sie darin ein relativ geringeres Problem, das die Aufmerksamkeit vom Hauptproblem, der atomaren Rüstung, ablenkt. Die Anti-Kernkraft-Aktivisten umgekehrt sind besorgt, die Forderung nach Rüstungskontrolle könnte Leute fernhalten, die den Kommunismus fürchten.“

Ausgelöst durch die kriegerische Rhetorik und die maßvollen Rüstungspläne der Regierung zeigen die letzten Wochen eine deutliche Ausbreitung des Widerstands gegen Kriegsvorbereitung im allgemeinen und gegen Kernwaffen im besonderen. So haben sich die „Physicians for Social Responsibility“, eine Gruppe von etwa 6500 Ärzten, unter anderem einem neuerdings vom Pentagon ausgearbeiteten Projekt widersetzt, welches Krankenhäuser zur Bereitstellung von Betten für eventuelle Opfer eines katastrophalen Überseekriegs auffordert. Dieser Plan stieß vor allem in der Gegend um San Francisco und Boston auf entschiedenen Widerstand. John Quinn, Erzbischof von San Francisco, riet den dortigen katholischen Krankenhäusern von der Mitarbeit ab; die Ärzte eines naheliegenden Kreiskrankenhauses begründeten ihre Ablehnung mit der Überzeugung, „daß ihre Mitarbeit an diesem Programm eine stillschweigende Billigung für die Planung eines Atomkrieges darstellen würde“. Jedenfalls wurden von den gewünschten 50000 Betten bisher nur 19000 zugesichert.

Schließlich benutzte die schon erwähnte Union of Concerned Scientists den in Amerika noch immer gefeierten Waffenstillstandstag vom 11. November zu einem sogenannten Teach-in an Hochschulen nach dem Muster des ersten Widerstands gegen die Vietnam-Intervention. Die Beteiligung übertraf alle Erwartung. 151 Hochschulen beteiligten sich an der Aktion, bestehend aus Diskussionen, Filmen und Vorträgen von bedeutenden Wissenschaftlern, Politikern und ehemaligen Militärs. Man hielt sich bewußt von Straßendemonstrationen und Konfrontation fern, um auch gemäßigte Elemente anzuziehen, und konzentrierte sich auf konkrete, erreichbare Ziele für Verhandlungen zwischen den beiden Weltmächten: vom Abbau des Kernwaffen-Arsenals über Test-Stop bis zur Verhinderung der Ausbreitung auf weitere Staaten.

Zusammenfassend läßt sich vielleicht feststellen, daß die Vielzahl der Friedens-Organisationen nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß von einer nennenswerten *Friedens-Bewegung* in Amerika derzeit nicht die Rede sein kann. Die Gesamtzahl der Mitglieder dürfte mit 80.000 zu hoch gegriffen sein. Sie rekrutieren sich fast ausschließlich aus dem gebildeten gehobenen Mittelstand. Selbst in diesen Kreisen steht

die unmittelbare Sorge auf anderen Gebieten im Vordergrund: Umweltschutz, Sozialpolitik, Kernkraftanlagen. Das Potential zum Wiederaufleben einer Anti-kriegs-Bewegung in größerem Maßstab besteht dennoch weiter. Aber zu ihrer Auslösung bedürfte es der Drohung einer konkreten und zugleich politisch umstrittenen kriegerischen Verwicklung. Eine solche steht jedoch nicht in Sicht, trotz offizieller Rhetorik und Rüstungspläne. Beide stoßen sich an harten politischen und wirtschaftlichen Realitäten. Auch das Bremsen durch die europäischen Verbündeten wirkt in dieser Richtung, ebenso wie der Widerstand im Kongreß und anderen amerikanischen Institutionen, wie er sich etwa in bezug auf die AWACS-Lieferung an Saudi-Arabien bemerkbar machte.